

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 79 (1987)

Heft: 1

Artikel: Zu Nicaragua, Südafrika, Chile, Türkei, Afghanistan, Polen

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355237>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

soll, muss ein Umdenken einsetzen, das in konkrete Taten mündet. Im Einklang mit den Bemühungen der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung fordert der SGB-Kongress:

- Einleitung einer umfassenden Abrüstung unter internationaler Kontrolle. Das bedeutet Verzicht auf weitere Atomwaffentests und auf eine Militarisierung des Weltraums, schrittweise Beseitigung aller Atomwaffen, internationales Verbot chemischer und biologischer Kampfstoffe, Verminderung auch des konventionellen Waffenarsenals und der Truppenbestände.
- Verbot von Waffenexporten in die Länder der Dritten Welt und in Krisengebiete. Dazu sind auch internationale Regelungen und Kontrollen notwendig. Insbesondere muss der Weiterverkauf an Drittländer und damit die Umgehung nationaler Beschränkungen des Handels mit Rüstungsgütern verhindert werden.
- Für die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Güter sind unter Beteiligung der Gewerkschaften rechtzeitig Massnahmen zu treffen, um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu sichern. (Laut einer Studie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts ermöglicht diese Umstellung sogar mehr Arbeitsplätze.)
- Militärische Abrüstung muss in soziale Aufrüstung umfunktioniert werden, das heisst Bekämpfung von Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit, mehr sozialer Ausgleich im Landesinnern und weltweit, Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen.
- Notwendig ist eine Entspannungspolitik zwischen den Machtblöcken, was die Verstärkung vertrauensbildender Massnahmen voraussetzt.

Der SGB fordert die *Schweizer Behörden* auf, die Bemühungen um Frieden, Abrüstung und Entspannung kreativ zu unterstützen. Er anerkennt die in den letzten Jahren sichtbar gewordene Tendenz zu einer aktiveren Aussenpolitik des Bundesrates und des zuständigen Departements. Die Ausfuhr von Rüstungsgütern ist schärferen Kontrollen zu unterwerfen. Die Friedensforschung ist auszubauen.

Die Gewerkschaften gehören seit jeher zu den kräftigsten Pfeilern der Friedensbewegung. Dieser humanitären Verpflichtung wollen sie auch künftig treu bleiben.

Zu Nicaragua, Südafrika, Chile, Türkei, Afghanistan, Polen

Der SGB-Kongress solidarisiert sich mit dem Volk *Nicaraguas* in seinem Kampf um Unabhängigkeit und sozialem Aufbau. Er verurteilt die Terroranschläge der Contras, die sogar zum Tod von Entwicklungshelfern und zur Zerstörung von Hilfsprojekten geführt haben, aufs schärfste. Mit ihrer Unterstützung der Contras tragen die USA die Mitverantwortung für die Destabilisierung und die dadurch bewirkte Ausrufung des Aus-

nahmezustandes. Nur wenn seine Souveränität respektiert wird, kann sich das neue Nicaragua freiheitlich und demokratisch entwickeln und können die Menschen- und Gewerkschaftsrechte vollumfänglich gewährleistet werden. Der SGB begrüßt die Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit in Nicaragua durch Bund und schweizerische Hilfswerke. Er appelliert an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, seine Kontakte mit den repräsentativen Gewerkschaften in Nicaragua zu verstärken und bei der amerikanischen Regierung wegen der weiteren Unterstützung der Contras zu intervenieren.

Der SGB ist für harte wirtschaftliche Sanktionen gegenüber *Südafrika*. Dadurch soll das rassistische Unrechtsregime gezwungen werden, die Apartheid zu beseitigen und so einen friedlichen Wandel einzuleiten, bevor es dafür zu spät ist. Wirtschaftliche Sanktionen bedeuten Abbruch der Handelsbeziehungen, für die Schweiz in erster Linie der Bankbeziehungen. Der SGB wiederholt seinen Aufruf an die Schweizer Banken, Südafrika keine Kredite mehr zu gewähren, an die schweizerischen multinationalen Unternehmen, sich aus dem Südafrika-Geschäft zurückzuziehen, an den Bundesrat, den bewilligungspflichtigen Kapitalexport zu verbieten und keine Exportrisikogarantien für Geschäfte mit Südafrika zu gewähren, an die Bevölkerung, keine Waren aus Südafrika zu kaufen. Zudem fordert der SGB die Einstellung der Swissairflüge und den Rückzug der Überflugs- und Landerechte der südafrikanischen Fluggesellschaft; dieser Schritt ist besonders geeignet, die weissen Machthaber ohne direkte Auswirkungen auf die schwarze Mehrheit zu treffen. Der SGB fordert die südafrikanische Regierung auf, die inhaftierten Gewerkschafter und Bürgerrechtskämpfer sofort freizulassen.

In der *Türkei* wird zahlreichen Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes DISK, der dem Europäischen Gewerkschaftsbund angehört, der Prozess gemacht. Beweise für irgendwelche Verbrechen gibt es nicht. Das einzige «Vergehen» dieser Angeklagten, die mit langen Haftstrafen bedroht sind, besteht darin, sich mit Entschiedenheit für die Rechte der Arbeitnehmer eingesetzt zu haben. Mit Monsterprozessen, Folterungen und Verhaftungen versucht die türkische Regierung, die Arbeiterschaft einzuschüchtern. Diese krasse Verletzung der Gewerkschaftsrechte ist um so schwerwiegender, als die Türkei Mitglied des Europarates ist. Der SGB fordert die sofortige Freilassung der Verhafteten und die Einstellung der Prozesse gegen den DISK und seine Mitgliedorganisationen. Er verlangt die Aufhebung des Verbotes der Aktivität des DISK. Zudem fordert der SGB von der türkischen Regierung das Recht auf freie Rückkehr in die Türkei für alle, die nach dem 12. September 1980 ins Exil gegangen sind und welchen die türkische Staatsbürgerschaft aberkannt worden ist.

In *Chile* führt General Pinochet sein seit 1973 geführtes blutiges Diktaturregime kompromisslos weiter. Die gewaltsamen Übergriffe von pa-

ramilitärischen Kommandos haben in letzter Zeit noch zugenommen. Mit Unterstützung oder zumindest Billigung der staatlichen Sicherheitsorgane terrorisieren die Kommandos politisch verdächtige Personen und deren Angehörige mit Morddrohungen und Entführungen. Menschen werden gefoltert, inhaftiert oder umgebracht. Andererseits wächst die Protestbewegung im Lande. Der SGB solidarisiert sich mit der chilenischen Gewerkschaftsbewegung und allen andern oppositionellen Kräften, die für die Rückkehr zur Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit kämpfen.

Schändliche Spuren hinterlässt der nun bald sieben Jahre dauernde Krieg zwischen den islamischen Mujaheddin und dem mit sowjetischen Truppen unterstützten kommunistischen Regime in *Afghanistan*. Laut Berichten ist ein Drittel der Bevölkerung in benachbarte Länder geflohen. Morde, Folterungen, Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Ganze Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht. Notwendig ist eine rasche politische Lösung, die den völligen Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht, den Verzicht auf jeglichen Druckversuch von aussen und auf irgendwelche Racheakte beinhalten sowie die Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen sollte. Der SGB appelliert an die Sowjetunion, die durch ihren Truppeneinmarsch die Verantwortung für diesen Krieg trägt, zu einer friedlichen Lösung beizutragen.

Die Amnestie aller inhaftierter Gewerkschafter in *Polen* ist positiv zu würdigen. Solange jedoch die Regierung Jaruzelskis nicht Hand bietet zu einer Öffnung in Richtung gesellschaftlichem Pluralismus, wozu auch unabhängige Gewerkschaften gehören, kann von «nationaler Versöhnung» nicht die Rede sein. Das Verbot des nach der Amnestie gegründeten «Provisorischen Rates der Solidarnosc» lässt wenig Hoffnung auf eine offenere Haltung des Regimes. Es muss daher bezweifelt werden, ob die Amnestie mehr war als ein taktischer Schachzug zur Aufpolierung des politischen Ansehens Polens in der Staatengemeinschaft.

Der SGB verurteilt die Verletzung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte überall, wo immer sie missachtet werden.